

GEMEINDERAT GRETZENBACH

PROTOKOLL zur

Sitzung 2 vom Dienstag, 16. Februar 2016, 18:00 - 20:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 1

Sitzungsleitung:	Cartier-von Arx Daniel
Teilnehmende:	Schärer-Mumenthaler Walter Eicher-Gisler Monika Lüthi-Hagmann Gabriele Ramel-Remiga Werner Tännler-Doiuchi Beat
Gäste:	
Entschuldigt:	Spielmann-Bieri Kurt
Protokollführung:	Walder-Flury Andrea

Verhandlungen

15.06.035.	Protokolle GR <b>Protokoll</b>	1	13
13.12.	Asylanten <b>Unterkünfte für Asylsuchende</b> <b>Verabschiedung Betriebskonzept und Mietvertrag ZSA (nicht öffentlich)</b>	2	15
15.06.037.	Verschiedenes <b>Verschiedenes 2016</b>	3	14

13	15.06.035.	Protokolle GR <b>Protokoll</b>
----	------------	-----------------------------------

Gaby Lüthi ergänzt: Sie habe gesagt, dass die SRUN nicht vor der Bevölkerung informiert werden dürfe.

**Beschluss:** Der einstimmige Gemeinderat genehmigt mit obiger Ergänzung das Protokoll vom 02.02.2016.

15	13.12.	Asylanten <b>Unterkünfte für Asylsuchende</b> <b>Verabschiedung Betriebskonzept und Mietvertrag ZSA (nicht öffentlich)</b>
----	--------	--

Akten: Mail D. Cartier v. 4.02.2016; Brief Anwohner und Einwohner; Protokollauszug GR-Sitzung v. 02.02.2016; Mietvertrag und Betriebskonzept Version 15.02.2016

**Botschaft:**

**Der Vorsitzende unterrichtet über die aktuellsten Informationen zu diesem Geschäft:**

Die ORS hat heute bestätigt, dass Herr Jaross die Betriebsleitung des Durchgangszentrums Täli übernehmen wird. Von der Polizei werden Adj Schneeberger Markus (RC Stv Olten, hatte schon Einsitz in der Begleitgruppe ALST Olten) und Fw Wicki Daniel (zuständiger Polizeipostenchef PP Schönenwerd) in die Begleitgruppe delegiert.

Wir sind von Amt für Gemeinden darüber informiert worden, dass gegen den Ratsbeschluss vom 2.02.2016 zu diesem Geschäft zwei Beschwerden eingereicht worden sind. Eine dieser Beschwerden stammt von Frau Monika Haller, Hashubelweg, die zweite von den Ratsmitgliedern Werner Ramel und Gaby Lüthi. Diese Beschwerden haben aufschiebende Wirkung. Wir können zwar die beiden Dokumente heute Abend behandeln und genehmigen, jedoch erst unterzeichnen, wenn der Regierungsrat darüber entschieden hat. Gemäss Auskunft des Amt für Gemeinden müssen die beiden beschwerdeführenden Ratsmitglieder heute nicht in den Ausstand.

Es geht heute um die Genehmigung der beiden Begleitdokumente zum Betrieb dieser Anlage, das Betriebskonzept und den Mietvertrag. An einer ausserordentlichen Sitzung gestern Nachmittag haben Monika Eicher, Walter Schärer und ich diese Dokumente gemeinsam mit Herrn Kummer besprochen und sind die Änderungsanträge durchgegangen, welche von den Ratsmitgliedern vorgängig eingebracht worden sind. Für einige Punkte – wie zum Beispiel die Zugangsbeschränkung – hat Herr Kummer Verständnis gezeigt, jedoch klar festgehalten, dass diese nicht über das starre Betriebskonzept, sondern über zusätzliche Regelungen festgehalten werden müssen, welche von der Begleitgruppe ausgearbeitet werden. Entsprechend wichtig muss die Besetzung dieser Gruppe sein.

Mein Vorschlag für das Vorgehen beschreiben die folgenden drei Anträge:

**Antrag 1:**

Der Gemeinderat Gretzenbach genehmigt das angepasste Betriebskonzept und den Mietvertrag.

**Antrag 2:**

Der Gemeinderat wählt seine Vertretung in die Begleitgruppe.

**Antrag 3:**

Der Gemeinderat einigt sich auf die zusätzlichen Punkte, welche in die Begleitgruppe eingebracht werden sollen.

**Antrag 4:**

Der Gemeinderat Gretzenbach erklärt Traktandum 10 der Sitzung vom 2.02.2016 und dieses Traktandum nachträglich als öffentlich.

Gaby Lüthi ist erstaunt, dass am Montagnachmittag zusammen mit Herrn Kummer eine Sitzung stattfand, und die beiden Ratsmitglieder Eicher und Schärer ebenfalls teilgenommen haben. Sie ging davon aus, dass der Vorsitzende alleine mit Kummer eine Sitzung hätte. Der Beschwerdeinhalt richtet sich genau gegen die fehlende Information.

**Eintreten** auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Das Wort zur **Detailberatung** wird nicht verlangt.

Walter Schärer erkundigt sich, ob trotz der Beschwerde die Informationsveranstaltung am Montag sinnvoll sei. Bis wann sollten die Beschwerden erledigt sein? Er war der Meinung, dass der Kanton uns mitteilte, dass der Vertrag heute Abend unterschrieben werden müsste, damit die Veranstaltung am Montag durchgeführt wird.

Monika Eicher ist der Meinung, dass dieser Anlass unbedingt stattfinden muss. Allerdings nicht ohne Kanton, dieser Aussage schliessen sich alle Ratsmitglieder an.

Gemäss dem Vorsitzenden benötigte der Kanton den Grundsatzentscheid des Gemeinderates. Dieser wurde am 2. Februar gefällt. Die Verunsicherung im Dorf ist sehr gross. Unsere Einwohner wollen informiert werden, diesbezüglich ist der Termin vom 22.02.2016 sehr wichtig.

**Eingebrachte Punkte der Ratsmitglieder:****Vertrag:**

<b>Betriebsdauer auf 1 Jahr beschränken (Punkt 3. Mietzweck)</b>	Änderung angenommen. Weitere Planungsmassnahmen wurden entfernt, sind Gegenstand der Verhandlungen im Herbst.  <i>Unter diesem Punkt soll ergänzt werden: Die maximale <b>Kapazität</b> beträgt 100 Plätze. (nicht Grundkapazität).</i>  Es ist möglich, dass sich bei einem Wechsel einige Asylbewerber mehr in der Anlage aufhalten. Im Durchschnitt wird aber mit 90 Personen gerechnet.
Fristlose Kündigung bei Gewaltverbrechen an Einwohnern	Keine Vorverurteilung im Vertrag. Es muss situativ entschieden werden.
Strafmassnahmen bei Überbelegung	Keine Allerdings wurde eine Maximalbelegung festgelegt  Werner Ramel macht beliebt, dass Überbelegungsplätze doppelt entschädigt werden. Dieser Punkt muss unter 5. Mietzins ergänzt werden.

Haftung für Schäden an der ZSA	Die Anlage muss nach Ende des Mietvertrags im ursprünglichen Zustand wieder zurückgegeben werden. (Muss noch im Mietvertrag aufgenommen werden).  Werner Ramel erkundigt sich, wer für Schäden bei Dritten aufkommt, z.B. bei parkierten Autos.  Grundsätzlich ist hier der Betreiber (Kanton) verantwortlich. Der Vorsitzende klärt dies ab und verlangt beim Kanton einen Versicherungsnachweis.
Betriebskonzept ist Bestandteil des Vertrags	Änderung angenommen.

Gaby Lüthi gibt noch zu bedenken, dass die Zivilschutzanlage in den Vertrag der Mitgliedsgemeinden der regionalen Zivilschutzorganisation gehöre. Thomas Kohler, Präsident der RBSKN sei sehr wütend. Es gehören nicht alle Mitgliedsgemeinden der Zivilschutzregion Niederamt der SRUN an. Der Vorsitzende setzt sich mit dem Präsidenten der RBSKN in Verbindung.

Gemäss dem Vorsitzenden ist die Zivilschutzanlage im Besitz der Einwohnergemeinde Gretzenbach. Auch stellte die kantonale Zivilschutzleitung fest, dass trotz dieser Belegung der Anlage mehr als genügend Schutzplätze für die Bevölkerung vorhanden sind. Ansonsten wäre diese Nutzung gar nicht möglich. Gemäss Auskunft des Kantons haben wir in der Gemeinde gesamthaft 3'166 Schutzplätze, also 24 % mehr als wir benötigen würden.

#### **Nachtrag Protokollführerin: In der Vereinbarung steht folgendes:**

*Diese Anlagen bleiben im Eigentum der Vertragsgemeinden.*

*Die Nutzung von Zivilschutzbauten und Anlagen durch den RFSN oder die RZSON erfolgt ohne Kostenfolge. Die Bewilligung einer Fremdnutzung von Anlagen durch Dritte erfolgt durch die betroffene Gemeinde nach Rücksprache mit dem ZS-Kommandanten. Die Anlagen sind auf Anweisung der RZSON innert 24 Stunden zu räumen. Ersatzansprüche von Dritten sind ausgeschlossen.*

*Für die periodische Schutzraumkontrolle (PSK) sind die Gemeinden verantwortlich. Sie können diese Aufgabe der RZSON übertragen.*

*Öffentliche Schutzräume sind von jeder Vertragsgemeinde selbst zu realisieren.*

#### **Betriebskonzept:**

Keine Asylanten aus dem Maghreb	Nicht möglich. Weder Kanton noch die Gemeinden können sich die Asylsuchenden auswählen. Allerdings: Die Maghreb-Staaten gelten momentan als sicher. Asylsuchende werden deshalb ins Ausschaffungszentrum auf dem Balmberg gebracht.
Ordnung Täliparkplatz	Wurde nicht diskutiert. Ist aber Aufgabe der Begleitgruppe.  Werner Ramel findet es wichtig, dass an der Informationsveranstaltung mit einem Plan aufgezeigt wird, welcher Teil des Täliparkplatzes aufgrund des Durchgangszentrums

	<p>benutzt wird.</p> <p>Monika Eicher erklärt, dass solche Sachen in der Begleitgruppe diskutiert werden müssen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Details noch unklar.</p> <p>Gemäss Walter Schärer wird die Baufirma Wüest einen Teil des Parkplatzes als Lagerplatz für die Baumaschinen Sanierung Köllikerstrasse 3. Etappe in Anspruch nehmen.</p>
Ordnung Bushaltestelle	dito
<p>Aufenthaltsbeschränkung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schulanlagen, Kindergarten</li> <li>- Fussballplatz</li> <li>- Cevi-Haus</li> <li>- Täli</li> <li>- Ballypark</li> <li>- Werkhof</li> <li>- Einkaufszentren im Grund (ausser für den Einkauf)</li> <li>- Wat Thai</li> </ul>	<p>Gehört nicht ins Betriebskonzept, ist Aufgabe der Begleitgruppe.</p> <p>Gewisse Beschränkungen sind sinnvoll: Schulanlagen, Fussballplatz, Cevi-Haus, Werkhof, Jöriweg. Sollten deshalb vom Gemeinderat (ausserhalb des Betriebskonzepts) beschlossen werden.</p> <p>Zu Bedenken: Irgendwo müssen diese Leute hin. Und die Auflagen müssen durchsetzbar sein.</p> <p>Monika Eicher und Walter Schärer geben zu bedenken, dass es sich bei den 100 Personen nicht um 100 Schwerverbrecher handelt. Diese Leute müssen sich irgendwo aufhalten. Beispielsweise müsste man einbringen, dass diese unter Aufsicht auf dem Fussballplatz sein dürfen, sofern dieser durch den FC nicht benutzt wird.</p>
Nachtruhe von 23.00 bis 07.00 Uhr	<p>22.00 bis 06.00 Uhr wurde aufgenommen.</p> <p>Werner Ramel erkundigt sich, weshalb das Nachtverbot nur bis 06.00 Uhr gültig sei? Dies sollte bis 08.00 Uhr ausgedehnt werden, damit auch die Schulkinder „sicher“ in die Schule gelangen können.</p> <p>Die Nachtruhe wurde von 23.00 Uhr auf 22.00 Uhr vor verschoben. Somit handelt es sich um 8 Stunden, welche nach Ansicht der Mehrheit des Rates nicht verlängert werden kann.</p>
Telefonierverbot auf dem Täli-Parkplatz (abends und sonntags)	<p>Ist Aufgabe der Begleitgruppe</p> <p>Gemäss Kanton zeichnet sich eine Lösung ab. Nicht gestattet ist telefonieren in den</p>

	Schlafräumen. Aber im Obergeschoss könnte ein WLAN eingerichtet werden.
WLAN oder Telefonempfang in der Anlage	dito
Sportliche Betätigung, Fussballplatz im Täli	dito
Zusätzliche Beleuchtungen	dito
Tag der offenen Türe	dito

**Weiteres:**

Unerlaubte Abwesenheit in der Nacht	<p>Wurde nicht diskutiert.</p> <p>Auskunft vom Betriebsleiter Olten: Müssen draussen schlafen. Im Wiederholungsfall: Umplatzierung auf den Balmberg.</p>
Keine Platzierung von weiteren Asylsuchenden in Gretzenbach während der Betriebszeit.	<p>Regelung ist Aufgabe der SRUN. Der Vorstand muss dies beschliessen. H.U. Bürgi hat aber bereits seinen Einsatz zugunsten dieser Regelung angekündigt.</p> <p>Gaby Lüthi bemerkt: Die Zivilschutzanlage gehöre zur Region Niederamt. Wie wird reagiert, wenn jetzt z.B. die Gemeinde Lostorf auch von der Aufnahme der Asylbewerber profitieren will, obschon diese nicht der SRUN angehören. Wie bereits erwähnt, sei Thomas Kohler sehr wütend. Der Vorsitzende setzt sich mit Kohler in Verbindung.</p> <p>Gemäss Werner Ramel soll die Gemeinde keine Asylbewerber mehr aufnehmen müssen, sobald dieses Durchgangszentrum besteht. Gemäss dem Vorsitzenden hat die Gemeinde zum jetzigen Zeitpunkt einen Rückstand von 41 Personen. Grundsätzlich könnten wir in einem Jahr ein plus von 9 Personen verzeichnen, wenn im Jahr 2016 nicht eine weitere Aufnahmepflicht bestehen würde. Allerdings wurden bereits jetzt für das Jahr 2016 18 Asylbewerber budgetiert. Werner Ramel bemerkt, dass im Gemeinderat öfter über solche Probleme informiert werden muss und diese Zahlen vorgelegt werden.</p> <p>Monika Eicher bemerkt, dass die SRUN sich im Jahr 2015 mit 25 Plätzen in der Region Lebern eingekauft hätten.</p> <p>Gaby Lüthi bemängelt, dass der Gemeinderat noch nie ein Protokoll der Asylkonferenz wie auch die Zahlen des Kantons gesehen habe. An den Asylkonferenzen können klar gesagt werden, dass Gretzenbach keine Asylbewerber mehr aufnehmen will, wenn</p>

	<p>100 Personen sich in unserem Dorf aufhalten. Zudem teilt sie mit, dass in Asylbewerberwohnungen nur solche sich aufhalten dürfen und nicht Personen mit einem Flüchtlingsstatus (Sozialhilfeempfänger).</p> <p>Monika Eicher und Daniel Cartier werden den Punkt betreffend weiteren Aufnahmen zusammen besprechen und am richtigen Ort einbringen.</p>
--	--

Werner Ramel will, dass der Gemeinderat einen Katalog der Begleitgruppe abgibt. In diesem Gremium haben verschiedene Personen Einsitz. Allerdings können diese bekanntlich nicht entscheiden, sondern dem Betriebsleiter nur einen Vorschlag unterbreiten.

Gemäss dem Vorsitzenden muss die Flexibilität bestehen bleiben. Im Betriebskonzept und Mietvertrag werden einige Punkte geregelt, nicht möglich ist aber, alles festzuhalten, bevor der Betrieb angelaufen ist. Einen Katalog kann er aber befürworten. Die betriebliche Verantwortung liegt in unserer Anlage bei Herrn Jarross.

In der Begleitgruppe werden auch Gemeinderatsmitglieder sein, somit können die Punkte direkt eingebracht werden, findet Monika Eicher.

Walter Schärer findet auch, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alles geregelt werden kann. Aus diesem Grund wird eine Begleitgruppe eingesetzt. Wichtig ist, dass die gewählten Mitglieder sich einbringen und an jeder Sitzung teilnehmen. Ein Aufgabenkatalog soll aber durch uns erstellt werden.

Gaby Lüthi erkundigt sich betreffend Abklärung der Notfallplanung Zivilschutz. Gemäss dem Vorsitzenden ist für diese Auskunft die RBSKN zuständig. Jeder Kanton will wissen, welche Gemeinde wie viele Asylbewerber aufnehmen kann, wenn der Bund den Asylnotstand ausruft. Aus diesem Grund muss der Zivilschutz mitteilen, welche Plätze zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag 1 abstimmen:

**Antrag 1:**

Der Gemeinderat Gretzenbach genehmigt das angepasste Betriebskonzept und den Mietvertrag Version vom 15.02.2016 mit folgender Änderung:

*Punkt 3: Die maximale **Kapazität** beträgt 100 Plätze*

Der Punkt 5: Mietzins muss durch den Vorsitzenden noch geklärt werden: Überbelegungsplätze sollen doppelt entschädigt werden müssen.

Ergänzung im Vertrag:

Die Anlage muss nach Ende des Mietvertrags im ursprünglichen Zustand wieder zurückgegeben werden

**Beschluss:** Der Gemeinderat genehmigt mit 4 zu 2 Stimmen den Mietvertrag und das Betriebskonzept gemäss Antrag 1.

Nach dieser Beschlussfassung will nun der Gemeindepräsident auch die Begleitgruppe besetzen. Diese sollte möglichst schlank sein. Aus unserem Gemeinderat sollten aber zwei Mitglieder delegiert werden. Der Vorsitzende schlägt Werner Ramel und Monika Eicher vor. Von Seite Einwohnerschaft liegt noch keine offi-

zielle Meldung vor. Der Vorsitzende wird Frau Mele Schiavone anfragen, ob sie interessiert sei, in dieser Gruppe mitzuarbeiten. Diese Liegenschaft ist am meisten betroffen.

*Nachtrag Protokollführerin: Frau Mele Schiavone hat eine Mitarbeit verneint.*

**Antrag 2:**

Der Gemeinderat wählt Monika Eicher und Werner Ramel in die Begleitgruppe.

**Beschluss 2:** Der einstimmige Gemeinderat wählt die beiden vorgeschlagenen Personen gemäss Antrag 2.

Im Aufgabenkatalog der Begleitgruppe werden folgende Punkte festgehalten:

- Es soll eine Aufenthaltsbeschränkung geben. Die Asylsuchenden dürfen sich nicht im Quartier „hinter“ der Anlage aufhalten. Es wird ihnen kein freier Zugang zum Jöriweg, zum Werkhofareal, zum Cevi-Haus und zum Fussballplatz gestattet. Ebenso ist der Aufenthalt auf dem Schulhausareal untersagt. (der bereits bestehende Plan dient als Grundlage für die Begleitgruppe)
- Das Verhalten in den „Shopping-Mall's“ muss kontrolliert werden
- Die Ordnung auf und um den Täliparkplatz muss geplant und festgehalten werden. Dazu gehören das Verhalten der Asylsuchenden, die Lärmentwicklung, die Beleuchtung des Platzes und des Täliwegs sowie das Freihalten der benötigten Parkplätze.
- Die Einrichtung von WLAN muss geprüft und wenn möglich umgesetzt werden
- Es soll in den ersten zwei Monaten ein „Tag der offenen Türe“ organisiert werden.

**Antrag 2:**

Der Gemeinderat stimmt dem zusammengestellten Aufgabenkatalog zu.

**Beschluss 2:** Der einstimmige Gemeinderat beschliesst gemäss Antrag.

Nun liegt noch der Antrag 4 vor.

Das Traktandum Asyl vom 2. Februar 2016 sowie das heutige Traktandum sollten nun im Nachgang als öffentlich beschlossen werden. Dies ist gemäss Amt für Gemeinden auch möglich. Mit der nicht Öffentlichkeit, hatte der Gemeinderat die Möglichkeit offen und ohne Zuhörer zu diskutieren. Nun besteht aber kein Grund mehr, diese Traktanden der Öffentlichkeit nicht zugänglich zu machen.

Gaby Lüthi gibt zu bemerken, dass man grundsätzlich einige Mitglieder des Gemeinderates anzeigen könnte. Zudem war sie sehr erstaunt, dass trotz nicht Öffentlichkeit, die SRUN am Mittwochmorgen bereits von unserem Bescheid wusste.

Der Vorsitzende möchte nun keine Schuldzuweisung vornehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es nichts mehr zu verheimlichen und aus diesem Grund soll das Geschäft als öffentlich beschlossen werden.

Werner Ramel hätte denselben Antrag gestellt. Es war von Vorteil, dass ohne Zuhörer diskutiert werden konnte. Aber nun kann offen darüber informiert werden.



**Antrag 4:**

Der Gemeinderat Gretzenbach erklärt Traktandum 10 der Sitzung vom 2.2.2016 und dieses Traktandum nachträglich als öffentlich.

**Beschluss:** Der einstimmige Gemeinderat beschliesst gemäss Antrag.

Werner Ramel informiert: Unter der Webseite der SVP Gretzenbach habe er die Gemeinderatssitzung vom 2.02.2016 fiktiv nachgestellt. Grundsätzlich habe nicht der Gemeinderat versagt, sondern die nationale Politik. Trotzdem hätte er als Gemeindepräsident einen anderen Weg gewählt und die Bevölkerung viel früher miteinbezogen. Um zu einem positiven Beschluss zu gelangen, sei dies aber der richtige Weg gewesen. In unserer Gemeinde wir nur selten politisiert sondern man versucht die Gemeinde weiterzubringen. Er mag sich nur an zwei politische Geschäfte erinnern, zum einen nun das Gegenwärtige und zum anderen das Geschäft Kernkraftwerk. Seiner Meinung nach habe in diesem Geschäft das Fingerspitzengefühl gefehlt. Ein solcher Entscheid betrifft die ganze Bevölkerung. Trotzdem steht er dazu, dass dies von den gesamten schlechten Lösungen die beste Lösung sei. Den Ablauf kann er aber nicht akzeptieren, allerdings muss zuletzt der Gemeindepräsident dafür gerade stehen.

Andere Gemeinden haben bereits viel Negatives im Bereich Asyl erlebt. Er teilt allen Anwesenden eine Zusammenfassung von Newsmeldungen aus.

Monika Eicher gibt noch zu bedenken, dass es wichtig sei, dass ein Aufnahmezentrum von einem Durchgangszentrum unterschieden werde. Grundsätzlich wusste jedes Ratsmitglied was auf uns zukommen wird. Oft habe sie im Gemeinderat gesagt, dass Wohnungen für Asylbewerber gesucht werden.

Der Vorsitzende ist sich bewusst, dass es ein sehr schwieriges Geschäft sei. Er sei der Gemeindepräsident und er habe sich auch im Wissen, dass es heikle Momente geben könnte, dafür entschieden. Nächsten Montag versuche er an der Informationsversammlung die Emotionen zu verringern, damit die Anwesenden zuhören. An diesem Abend soll nicht politisiert werden. Wichtig sei es die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen und zu erklären, was in Gretzenbach, aus welchen Gründen, entstehen soll.

Mitteilung an: Werner Ramel und Monika Eicher mit der Bitte den Auftragskatalog in der Begleitgruppe zu vertreten (mit Protokollauszug)

14	15.06.037.	Verschiedenes 2016
----	------------	--------------------

## Gemeinderätin Sicherheit Gaby Lüthi

(Zivilschutz; Regionale Bevölkerungsschutzkommission; Feuerwehr Schönenwerd;

13.12. / 28.05.000.155.

### Beschwerde gegen Beschluss vom 02.02.2016 / Asylunterkunft

Gaby Lüthi erklärt dem Gemeinderat, weshalb sie und Werner Ramel eine gemeinsame Beschwerde beim Kanton eingereicht haben. Beide hätten das Gefühl, dass es einen Zweitklassen-Gemeinderat gibt. Gemäss Protokoll vom Dezember habe der Vorsitzende durch das Buschtelefon vernommen, das Amt für Soziale Sicherheit Unterkünfte für Asylsuchende suche und unsere Zivilschutzanlage im Täli angepeilt werden könnte. Sonst haben die beiden bis eine Woche vor der Sitzung vom 02.02.2016 keine Informationen mehr erhalten. Als sie Kurt Spielmann einmal gesehen habe, bemerkte sie, dass auch er mehr Kenntnisse von diesem Thema habe. Sie fühle sich wie Arnold Meier, Auszug Aktennotiz Anwohnersitzung:

***Meier Arnold: Er findet es schade, dass die Gemeinde hinter dem Rücken der Bevölkerung Abmachungen getroffen hat und nun die Einwohner vor Tatsachen stellt. Er habe gegenüber dem Gemeinderat das Vertrauen verloren, da dieser die Einwohner seiner Meinung nach hinterging. Man hätte vorgängig die Einwohner über eine mögliche Unterkunft informieren müssen. Weshalb gibt es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in Gretzenbach? Hat der Gemeinderat Angst vor der Einwohnerschaft, dass nicht korrekt informiert wurde?***

Ihrer Meinung nach handelt es sich um ein sehr wichtiges Thema und der gesamte Gemeinderat müsse gleich informiert werden. In der Vergangenheit sei viel zu wenig betreffend diesem brisanten Thema informiert worden. Beispielsweise müssten die Protokolle der Asylkonferenz vorliegen. Der Vorsitzende habe dies zur „Chef-Sache“ gemacht. Weshalb sind aber bei Sitzungen mit Herrn Kummer oder Besichtigung der Anlage in Olten Walter Schärer und Monika Eicher dabei? Sie will die Protokolle nachträglich noch einsehen können. Sie hätten nicht das erste Mal das Gefühl gehabt, dass sie Übergangen werden. Zudem wurden aus ihrer Sicht Kompetenzen überschritten und missbräuchlich gehandelt. Weshalb wusste die SRUN am Mittwochmorgen von der Beschlussfassung, somit also vor der Bevölkerung? Der Vorsitzende habe die Frist mit der Information an die Gemeindepräsidenten der Vertragsgemeinden eingehalten. Die ganze Geschichte erwecke ein Misstrauen, welches nicht sein dürfte.

Werner Ramel ergänzt, dass er wie auch Gaby Lüthi von diesem Geschäft ausgeklammert wurde. Hat man dies mit Absicht gemacht, da mit Widerstand zu rechnen war? Zudem findet er, dass im Allgemeinen im Rat vermehrt diskutiert werden sollte. Bei diesem Thema hätte man beachten sollen, dass das Dorf noch einen Nationalrat habe, welcher sich sehr gegen diese Themen einsetzt. Nach der Information von anfangs Januar hätte der Vorsitzende zu einer Sitzung einladen sollen. Der Gemeinderat wurde gewählt um Probleme zu besprechen und zu lösen. Die heutige Sitzung empfand er als sehr konstruktiv. Solche Themen sollten auch ohne Beschlussfassung auf der Traktandenliste erscheinen. Somit wären alle Mitglieder gleich informiert und könnten noch Inputs einreichen.

Gemäss Monika Eicher habe sie immer mitgeteilt, dass Wohnungen fehlen und wir Asylbewerber aufnehmen müssen. Die Eröffnung eines Zentrums in der Zivilschutzanlage war nie ein Thema, aus diesem Grund konnte auch nicht informiert werden.

Der Vorsitzende erklärt: Es ist wirklich ein wahnsinniges Thema. Oft habe er sich darüber in den letzten Wochen Gedanken gemacht. Wie im Protokoll vom Dezember erwähnt, hatte er vernommen, dass die Zivil-

schutzanlage in Gretzenbach geprüft werde und sich Herr Kummer bei ihm melden wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wusste er nicht, wer Herr Kummer ist. Anfangs Januar informierte ihn Herr Kummer, dass am 6. Januar 2016 die Zivilschutzanlage im Täli angeschaut werde. Von diesem Zeitpunkt an wusste er, dass ein Durchgangszentrum angedacht sei, da Gretzenbach wie auch die gesamte Sozialregion nicht die Anzahl Asylbewerber aufnehmen kann, welche vorgeschrieben werden. Daraufhin meldete er sich bei Monika Eicher, Ressort Soziales sowie beim Vizepräsidenten Walter Schärer, da er das Gefühl hatte, dass ihm dieses grosse Thema über den Kopf hinaus wachsen könnte. Grundsätzlich hätte er es im Nachhinein gesehen anders machen und den Rat im Januar zu einer Sitzung einladen können.

Walter Schärer bemerkt, dass man im Nachhinein oft schlauer sei. Allerdings wissen wir alle nicht, wie jedes einzelne Mitglied in einer solchen Situation reagiert hätte. Jeder ist auch nur ein Mensch. Nicht ganz verstehen kann er, dass sich die beiden ausgeschlossen fühlen. Weshalb nehmen sie an keinen gesellschaftlichen Anlässen teil oder kommen nur selten nach einer Sitzung zu einem Umtrunk?

Gaby Lüthi stellt in Aussicht, dass sie die Beschwerde allenfalls zurückziehen könnte, sofern sie Einblick in die Protokolle der Asylkonferenz erhalte.

Aufgrund der Beschwerden beim Kanton, erhalte nun der Gemeinderat mehr Zeit bis zur Umsetzung. Werner Ramel erachtet dies als positiv.

## **Gemeinderat Infrastruktur Walter Schärer**

(Werkkommission; Werkhof; ARA Schönenwerd)

33.05.000.280. / 33.05.000.430. / Spez. TB

### **Sanierung 3. Etappe Köllikerstrasse**

Walter Schärer informiert, dass am kommenden Montag mit der Sanierung der 3. Etappe begonnen wird. Zuerst wird die Einmündung Ettenburgstrasse / Am Stalden in Angriff genommen, bevor dann der Schwerpunkt bei der Hasengasse liegt. Bis Ende 2016 soll die Sanierung abgeschlossen sei. Dieser Terminplan wird als sehr sportlich erachtet.

GEMEINDERAT GRETZENBACH

Der Gemeindepräsident: Die Gemeindeschreiberin:

Daniel Cartier

Andrea Walder-Flury